

Politische Rundschau.

Vom spanisch-amerikanischen Kriege.

* Dem Beispiel Italiens, in Bezug auf die Neutralitätsverklärung, ist zunächst England gefolgt. Eine am Dienstag in London ausgegebene Sonderausgabe der "Official Gazette" veröffentlicht die Verklärung fristiger und unparteiischer Neutralität und gibt bekannt, daß die Besitzungen Indiens und der Kolonien unter dem 23. April angewiesen wurden, in ihren Häfen die Neutralitätsvorschriften zur Durchführung zu bringen.

* Die Misshelligkeiten an den leitenden Stellen des Washingtoner Cabinets dauern & zeigen fort. Zwischen dem Kriegsminister Alger und dem Oberkommandierenden Miles besteht ein sehr scharfer Gegenzirk, da Miles den Minister beschuldigt, falsche Angaben über den Stand der Verteidigung gemacht zu haben. Marineminister Long wird von mehreren Zeitungen angegriffen, da er dem Senat die verdeckte Erklärung gegeben hatte, die nordamerikanischen Seefahrten seien stark genug, innerhalb zweier Monate jeden Widerstand Spaniens unmöglich zu machen. Großer Unwill richtet sich auch gegen den früheren Generalkolonial in Havanna, General Bee, der durch seine Behauptung, Cuba könne in höchstens 14 Tagen vollständig erobern sein, der eigentliche Urheber der kriegerischen Kongreßbeschluß war.

* Die einstweilen ansehnlich gieß- und zwecklose Aktion der beiden feindlichen Flotten, und die gegenwärtige Furcht haben ihren Grund wohl darin, daß den Amerikanern sicher, den Spaniern wahrscheinlich die nötige Anzahl gefügter Schiffsoffiziere fehlt, um einen Seetrieb im gehörigen Stile zu führen. In der Nähe der englischen Küsten kreuzen spanische Kriegsschiffe, um amerikanische Schiffe abzufangen.

* Es verlautet, daß die nordamerikanische Regierung mit der griechischen in Unterhandlung steht wegen Ankaufs der griechischen Flotte zum Preise von 45 Mill. Dollar. Ebenso heißt es, Österreich-Ungarn werde drei seiner Kriegsschiffe an Spanien verkaufen.

* Aus Spanien kommt die fast unglaubliche Meldung, daß sich die spanische Flotte noch bei den Kapverdischen Inseln befindet. Die Schuld an der Versägung der Abfahrt soll den Marineminister treffen, dessen Rücktritt stürmisch verlangt wird.

* Das amerikanische Marine-Departement beschloß, daß fliegende Geschwader sofort der spanischen Flotte entgegenzuschicken, falls sie sich Amerika nähert. In New York erregt das Gericht große Aufregung, daß ein spanisches Kriegsschiff an der Küste des Staates Maine kreuzt. Die Blockade von Havana ist wieder aufgehoben worden, da sich ein Bombardement der Stadt als unausführbar erwies.

* Der "Daily News" wird aus New York telegraphiert, Mac Kinley habe sich nun doch zu einer sofortigen Landung auf Cuba — mit ungenügenden Kräften und zu ungeeigneter Zeit — drängen lassen. Er habe beschlossen, von Tampa aus 5000 reguläre Truppen, 4000 Infanterie und 1000 Mann Kavallerie, mit Artillerie nach der Südseite Cubas zu entenden, um dort ein bestmögliches Depot zu errichten, von wo mit Hilfe der Aufständischen unter Gomez die nothleidenden Kubaner mit Lebensmitteln versorgen werden sollen. Die amerikanische Flotte in den cubanischen Gewässern soll die Truppenlandung schützen.

* * *

Deutschland.

* Der Kaiser ist am Mittwoch wieder in Berlin eingetroffen.

* König Albert von Sachsen erhält eine Danckflagge für die „zuhrenden und erhabenden Kundgebungen der Treue und Anhänglichkeit“, die ihm in überaus reichem Maße aus allen Kreisen der Bevölkerung anlässlich seines Jubiläums zugegangen sind. „Ich habe in allem“, sagt der König, den Ausdruck aufrichtiger Liebe Meines Volkes gefunden, in der Ich den schönsten Vohn Meiner Lebensorbeit erblicke.“

Der verstohlene Sohn.

5) Aus dem Englischen von Julie Dungern.

(Fortsetzung.)

„Sieb' thut das,“ sagte Deane lachend, „ich habe den Grunthal, jeden Dollar, den ich ausgabe, wieder mit Sinnen eingeschossen, wenn Sie das auch thun werden, so befinden Sie sich jedenfalls besser als jetzt dabei, das, was auch dieses Diner kostet, werde ich schon wieder von Ihnen herausbekommen. Eine andere Flasche von diesem Glücksflüssigkeitswein, Kellner.“

„Sie sind ein glücklicher Mensch, Deane,“ sagte Georg, „Sie haben genug Geld und sind Ihr eigener Herr. Ich wollte, es ginge mir ebenso.“

„Kun, das kann ja auch so kommen,“ redete Deane, „weiß Gott, ich habe schon oft an Sie gedacht, Georg, warum können Sie nicht nach Hause gehen, den verlorenen Sohn spielen und Ihrem Vater sein Geschäft erleichtern.“

„Ich habe keinen Vater!“

„Run, so werden Sie doch Freunde besitzen.“

„Ich habe nur eine Mutter.“

„Das ist der Weg, um ein neuer Mensch zu werden. Gehen Sie zu der guten alten Dame zurück.“

Meine Mutter ist leider wieder verheiratet, ich besitze einen Stiefvater. Das Vaterhaus ist mir verboten, man sieht mich als das „schwarze Schaf“ in der Familie an und Mr. Carter holt mich, doch was fällt Ihnen ein?“

„Mir, gut nichts, mit wog nur der Name freut.“

* Der unglaubliche König Otto von Bayern hat am Mittwoch seinen 50. Geburtstag.

* Das Bestinden des Fürsten Bischof ist noch Mitteilungen aus Friedrichshafen auch in den letzten Wochen ein verhältnismäßig aufreisbestellendes gewesen. Die neuzeitlichen Schwierigkeiten in den Büchern haben allerdings noch wenig nachgelassen und es scheint wohl geringe Hoffnung, daß der Alterschönauer bald den Hofstuhl wieder ganz verlassen können. Professor Schweninger ist von Friedrichshafen seit mehreren Tagen wieder abgereist.

* Das Gehege über die Entschädigung im Wiederaufnahme-Berfahren freigesprochener Personen ist vom Bundesrat angenommen worden.

* Dem Reichstag ist der angekündigte Gesetzentwurf über die Handelsbeziehungen zum britischen Reich zugegangen; er lautet: „Der Bundesrat wird ermächtigt, den Angehörigen und den Erzeugnissen des einzigen Königreichs von Großbritannien und Irland, sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen für die Zeit bis zum 30. Juli 1898 bietigen Vorrechte einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden.“

* Der aus dem Konflikt mit Rossi bekannte deutsche Geschäftsträger Graf Schwerin ist in Berlin eingetroffen.

* In Bayern hat die Staatsregierung infolge der im November 1895 erfolgten Auflösung im neuen Gewerbeaufgabengesetz Mittel und Wege zur Bekämpfung der großen Warenhäuser zu suchen, zu Artikel 22 folgenden Zusatz vorgeschlagen: „Gewerbliche Unternehmungen, welche behuts der gewinnbringenden Bewertung größerer Betriebsmittel ihrem Geschäftsbetriebe eine außergewöhnliche Ausdehnung geben und von den Grundsätzen und Formen, unter welchen die im Tarif enthaltenen Gewerbe ausgelöst zu werden pflegen, wesentlich abweichen, können mit einer Verstärkung der Normalanlage belegt werden, und es kann jede Verstärkung der Normalanlage für jede einzelne Betriebsstelle oder Niederlage erfolgen. Außerordentliche Zweigniederlassungen werden ebenso behandelt.“

Österreich-Ungarn.

* Bei der Abstimmung über die Ministeranklage gegen den Grafen Baden im österreichischen Abgeordnetenhaus hat unterweiterweise die deutsche Opposition mit 8 Stimmen Mehrheit gesiegt. Der Abstimmung gingen groÙe Standardszenen vorauf.

England.

* Das vor wenigen Tagen in London veröffentlichte Blaubuch über die ostasiatische Frage hat Gewissheit darüber gebracht, daß die Russen den Hafen von Port Arthur nicht dem allgemeinen Verkehr eröffnen, sondern als russischen Kriegshafen für sich behalten wollen und nur Talienwan als Handelshaven betrachten. Jetzt wird auch dieses Zugeständnis eingehandelt. Die "Times" melde aus Peking, ebenso wie Port Arthur solle auch der südliche Abschnitt von Talienwan lediglich als Marinestützpunkt dienen und fremden Handelsschiffen nicht geöffnet werden; die Besitzungsarbeiten in Talienwan hätten bereits begonnen und der Platz für das Boot sei abgesteckt. — Die so lange als englischer Erfolg angesehene, von Russland angeblich zugesagte Eröffnung aller in russischen Besitz übergehenden chinesischen Häfen hat sich also sehr rasch als ein Trugbild entpuppt.

Russland.

* In Petersburg überbrachte der Palastsekretär des Sultans Ali Djewad bei dem Zaren ein Handschreiben und Geschenke des Sultans, bestehend in altertümlichen Vasen, Smyrnaer Teppichen, einer Anzahl Zigarettenpäckchen und Stoffen mit Tabak und Zigaretten. Als der Flügeladjutant Feizi bei dem Stoller vorgestellt wurde, unterhielt sich der Kaiser mit ihm in russischer Sprache, da Feizi bei längere Zeit in Russland tätig war.

Carter?

* Es ist eine Bandebelmannsfamilie in Kent.

„Und wer soll den alten Herrn beerben?“ Seine Mutter, Clara Carter, ein sehr schönes Mädchen. Doch was kann Sie meine Familie interessieren, Deane?“

„Nur wegen Ihnen, Stainberg, und dann möchte ich gerne Charakterstudien; doch was wollen Sie, Kellner?“

„Ich bitte um Verzeihung, meine Herren, dies ist keine Nachfrage, es ist schon zwölf Uhr und wir müssen schlafen.“

Alle anderen Tische waren indessen leer geworden, ohne daß sie es bemerkten; als Georg aufstand, taumelte er ein bißchen und hatte Mühe, in die Arme des Stolls zu schlüpfen, die Kellner ihm hindielten.

„Allons, junger Bursche, geben Sie mir den Arm,“ gabt Deane, in der frischen Luft werden Sie wieder so fest stehen, wie das Kapitol von Washington. Kommen Sie mit mir, wir wollen die Nacht an einem andern Ort dehnen.“

Nach diesen Worten ergriff er Georgs Arm und führte ihn ruhig weiter.

Eine Freiheit.

Georg sah, daß sein Stern im Stolzen war, als er am andern Morgen erwachte und sich im Bett von zehn Stunden befand, die er die Nacht vorher so glücklich war, am Billard zu gewinnen. Er zählte seine Vermieteter, packte seine wenigen Habeligkeiten zusammen, ließ sie auf einen Karren laden und folgte demselben.

Aus dem Reichstage.

* Der Reichstag erledigte am Dienstag in erster Sitzung das Gesetz betr. die Einführung von elektrischen Straßenbahnen. Sobann stand die zweite Beratung der sog. lex Heinz, das vom Zentrum eingebrachten Antrages betr. Abänderungen und Ergänzungen des Strafgesetzes auf der Tagessitzung. Die Beratung kam bis zum § 180 (Strafzulassung) berücksichtigt, welche der gewerkschaftlichen Unparteiischen Vorstand leitete). Nachdem die Abg. Iskrant (Antl.) und Stadtbaurat (soz.) ihre Abänderungsanträge zu § 180 beschwerte hatten, bewilligte Abg. Richter (fr. Sp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergab, daß nur 182 Mitglieder anwesend waren. Die Sitzung mußte also abgebrochen werden.

Am 27. d. Re. stand auf der Tagessitzung die erste Beratung des Nachtragsgesetzes für 1898. In demselben werden u. a. für die Verwaltung des Staates Klauthou 5 Mill. und für die Unterhaltung regelmäßiger Dampfer-Verbindungen mit Ostasien nach Wissage des angenommenen Dampfer-Subventionsgesetzes 1 Mill. Mark gebrochen.

Abg. Sieber (Benz.) beantragt, den Nachtrag bet. an die Budgetkommission zu verweisen, da die einzelnen Positionen, so namentlich die Klauthou betreffend, noch einer näheren Prüfung unterzogen werden müssten. In dem Nachtrag selbst vermittele er eine Forderung zur Aufbesserung der Unterbeamten der Reichspost und Telegraphenverwaltung.

Reichsjustizsekretär Feiz. v. Thielmann erwidert, daß nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen sich annehmen lässe, daß die Forderung für Klauthou in den reichsgeigenen Einnahmen Deckung finden werde.

Abg. Richter (fr. Sp.) will der Bewilligung der Forderung für Klauthou keinen Widerstand entgegensetzen, hat aber nicht erwartet, daß die Forderung schon jetzt eine solche Höhe erreichen würde. Bezuglich der Finanzierung des Nachtragsgesetzes werde ein Vorbericht dahin eingezogen werden, daß keine Erhöhung der Matrikularkosten eintreten dürfe.

Abg. Bauchache (nat.-lib.) dankt der Regierung für die Einstellung einer Forderung zu Untersuchungen über Viehzuchten.

Abg. Liebknecht (soz.) erklärt sich gegen den Nachtragsetz und gegen die Erweiterung von Klauthou, das nichts weiter sei als ein Drecknest. Der Name sei ja gleichbedeutend mit Lehnsstadt oder nach untenen Begriffen Schmutzstadt. Redet, verweise auf die Urteile ausländischer Zeitungen über unsere Expedition nach Ostasien und folgert aus denselben, daß wir uns vor der ganzen Welt lächerlich damit gemacht haben. Der Kapitalismus müsse aber kleine Nährstätten immer weiter ausdehnen. Deutschland habe bei seinem Vorgehen auch wohl nur das Verhältnis seiner für Ostasien geprägt, am lächerlichsten habe es sich aber durch die in Artikel für das Unternehmen gewünschte Werbung gemacht. (Brä. Feiz. v. Buol bezeichnet diesen Ausdruck als ungebührlich und ruft den Redner zur Ordnung.) Warum sollte Rußland treiben im Interesse der im Ausland lebenden Deutschen, die erst durch die politischen Zustände aus dem Vaterland getrieben werden. Unsere jegliche Politik könne uns nicht zu neuem Aufsehen helfen. Die Rolle, die wir im europäischen Konzert vor Freita geliebt, habe uns nur den Rücken der Sachlichkeit preisgegeben. Man sollte lieber die sozialen Notstände im Innern bestreiten. Statt dessen befürwortete man das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit. Nur weil die Regierung sich ihrer Schwäche bewußt sei, habe sie den ganzen Flottenwindel inszeniert.

Prä. Feiz. v. Buol: Diesen Ausdruck muss ich entschieden ablehnen und zurückweisen.

Staatssekretär Graf Voßdowski: Im Lande wird man es als eine Abirrung ansehen, daß durch die heutige Rede des Abg. Liebknecht dargelegt worden ist, daß sich die Sozialdemokratie keineswegs zu einer Reformpartei umgewandert habe. Eine deutsche Regierung wird jedenfalls niemals derartigen sozialdemokratischen Tendenzen huldigen können. Sie muß es sich merken, daß die Sozialdemokratie nur die Taktik goßt, daß sie nach wie vor eine revolutionäre Partei ist und an die Stelle einer geordneten Regierung eine Arbeiterschaft legen will. Diese aber wollen wir nicht.

Staatssekretär Graf Voßdowski: Im Zarenreich steht der Abgeordnetenhaus in Form der von der Kommision vorgelegten Novelle, die sich im wesentlichen mit den Zielen des Antrages deckt. Hierauf begann die Beratung des Antrages v. Mendel-Ring betr. Maßnahmen gegen die Viehzuchten, sowie Einführung der obligatorischen Fleischzettel u. s. w. Nachdem der Antragsteller den Antrag begründet, stellte Ministerpräsident Fürst Hohenlohe eine rechtsgesetzliche Regelung der in dem Antrag bezahlten Fragen in Aussicht. Die weitausehende Debatte wurde noch nicht beendet.

mäßiges Vorgehen. Auf Ihre Biele habe seine Partei nicht verzichtet, sie werde es auch nicht, wenn sie von allen Parteien gemeinsam bestimmt werde. Sie werde auch immer mehr Sie gewinnen. Dafür sorge schon die Regierung. Graf Voßdowski habe offenbar noch nicht Zeit genug gehabt, sich über das Wesen der Sozialdemokratie zu informieren, sonst hätte er eine solche Rede garnicht halten können.

Staatssekretär Graf Voßdowski erwidert er habe die soziale Frage seit Jahrzehnten studiert, vielleicht gründlicher als mancher andere. Auf Programme viel zu geben, dazu sei er nicht mehr unbefangen genug. Er braucht ja Herrn Bebel auch nur die Rede des Abg. Bebel zu empfehlen. Über die Ziele der Sozialdemokratie befindet ja nun keine Meinungsverschiedenheit mehr. Er möge übrigens dem Abg. Bebel die Versicherung geben, daß ein neues Sozialstreitgesetz nicht geplant sei. Das Vaterland möge sich bewußt sein, daß es mit der Regierung Hand in Hand gehen muß in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Alle revolutionären Tendenzen müßten entschärft werden.

An der Debatte beteiligen sich noch die Abg. v. Kardorff (rechts.) und Höhner (Antl.). Sobann wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Konkurrenzordnung im Verbindung mit der zweiten Beratung der von Abg. Antl. beantragten Novelle zur Konkurrenzordnung.

Dem Antrage des Abg. Antl. gemäß wird die Vorlage in zweiter Beratung en bloc angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages v. Salisch und Gen. (soz.) auf Abänderung der Bestimmung der Strafprozeßordnung und der Strafprozeßordnung über die Eidesleistung. Die §§ 348—442 der Strafprozeßordnung werden beibehalten angenommen.

Abg. v. Salisch beantragt Abg. Antl. folgende Vorchrift einzufügen: „Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwör bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissensten“ und schließt mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.“ Dem Schwören ist gesetzesmäßig eine Schlussformel entsprechend eingezufügen.“

Staatssekretär Feiz bringt bittet das Haus, von der Annahme dieses Antrages abzusehen. Er habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß die jetzt geltende Art der Eidesleistung bisher zu keinerlei Missständen geführt habe. Die formelle Formel werde nach wie vor in jedem einzelnen Fall vom Richter zugelassen werden.

Noch kurzer Debatte verlässt sich das Haus.

Preußischer Landtag.

Das Herrenhaus erledigte am Dienstag Petitionen und kleinere Vorlagen. Zu einer längeren Debatte gab eine Petition betr. Aufhebung des Tiefe-Windischen Bergregals Anlaß. Minister Preßfeld stellte eine gesetzliche Regelung in Aussicht, falls keine gesetzliche Veränderung gelänge.

Das Herrenhaus begann am Mittwoch die Staatsberatung. In der Generaldebatte brachte Graf Stolberg den Arbeitsmangel auf dem Lande zur Sprache. Schließlich wurde der Eisenbahntarif genehmigt.

Am Dienstag beendete das Abgeordnetenhaus die erste Beratung der Schubverbahnvorlage, die nachdem noch zahlreiche Redner die lokalen Interessen ihrer Wahlkreise vertreten hatten, an eine Kommission überwiesen wurde.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch zunächst den Antrag des Abg. Herold betr. Übernahme der Kosten tierärztlicher Untersuchungen auf die Staatsklasse in Form der von der Kommission vorgelegten Novelle an, die sich im wesentlichen mit den Zielen des Antrages deckt. Hierauf begann die Beratung des Antrages v. Mendel-Ring betr. Maßnahmen gegen die Viehzuchten, sowie Einführung der obligatorischen Fleischzettel u. s. w. Nachdem der Antragsteller den Antrag begründet, stellte Ministerpräsident Fürst Hohenlohe eine rechtsgesetzliche Regelung der in dem Antrag bezahlten Fragen in Aussicht. Die weitausehende Debatte wurde noch nicht beendet.

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie hat anlässlich des spanisch-amerikanischen Krieges die Dampfer-Expeditionen nach Cuba und Porto Rico vorläufig eingestellt.

München. Welcher Antrag zum Postfach in Bayern herrscht, geht aus einer Bekanntgabe der Direktion der bayerischen Posten und Telegraphen hervor, wonach eine Aufnahme von Anwärtern für den mittleren Post- u. Telegraphendienst voraussichtlich erst wieder Jahre 1901 stattfinden wird.

Die Wirtin sah ihm wohlgefällig nach,